

# FRANK UND RALF HUNEKE GBR

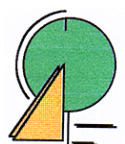
---

**Ergänzung zum  
Antrag auf 2. Änderung gemäß § 73 (8) VwVfG  
zum Rahmenbetriebsplan  
für einen Quarzsandtagebau südlich der Mentewehrstraße in der  
Gemeinde Moormerland Ortsteil Veenhusen  
Bergrechtliches Planfeststellungsverfahren mit  
Umweltverträglichkeitsprüfung  
gem. § 52 Abs. 2a i.V.m. § 57 a BBergG**



Antragsteller:  
**Frank und Ralf Huneke GbR**  
Großer Stein 5  
26789 Leer

Stand: 15.08.2018



## **Erläuterungstext**

### **Inhaltverzeichnis**

<b>1.</b>	<b>ZUR STRUKTUR DER PLANÄNDERUNGSUNTERLAGE (DECKBLATTVERFAHREN)</b>	<b>1</b>
<b>2.</b>	<b>AUSGANGSLAGE UND INHALT DER ÄNDERUNGEN IM LAUFENDEN PLANFESTSTELLUNGSVERFAHREN</b>	<b>1</b>
<b>3.</b>	<b>ART UND UMFANG DER ÄNDERUNGEN</b>	<b>2</b>
3.1	Überblick der Anpassung und Änderungen	2
3.2	Überblick der zu ändernden Unterlagen	3
3.3	Änderungen und Ergänzungen der Textfassungen des Rahmenbetriebsplans	4
3.4	Änderungen und Ergänzungen der Textfassungen zum „wasserrechtlicher Antrag auf Plangenehmigung gem. §§ 8 bis 13 WHG zur Entnahme von Grund- und Oberflächenwasser aus dem Tagebau und zur Einleitung von Grund - und Oberflächenwasser“	4
<b>4.</b>	<b>AUSWIRKUNGEN DER ERGÄNZUNG ZUR PLANÄNDERUNG</b>	<b>5</b>

### **Abbildungsverzeichnis**

<b>Abb. 1: Lage der Betriebsstätte, des geplanten Quarzsandabbaus und der Spülrohrleitung sowie des Einspülgewässers Veenhusen VI (unmaßstäbliche Verkleinerung der TK 25).</b>	<b>1</b>
---	----------

## 1. ZUR STRUKTUR DER PLANÄNDERUNGSUNTERLAGE (DECKBLATTVERFAHREN)

Die vorliegende Unterlage enthält Ergänzungen zur 2. Planänderung gemäß § 73 (8) VwVfG zum Rahmenbetriebsplan des Quarzsandtagebaus sdL der Mentewehrstraße der Frank und Ralf Huneke GbR, wie diese mit Stand 31.07.2018 eingereicht wurde.

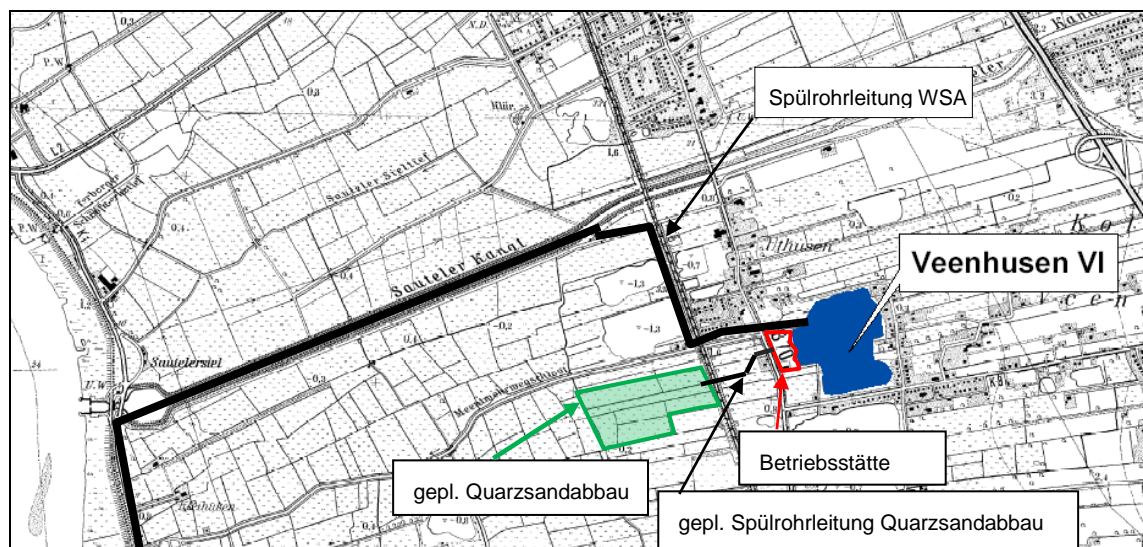
Zur Handhabung dieser Unterlage sind die Änderungen im nachfolgenden Text übersichtlich tabellarisch zusammengestellt. Die wesentlichen Änderungen werden textlich beschrieben.

Die Passagen, die mit der 2. Änderung gemäß § 73 (8) VwVfG von einer Ergänzung betroffen sind, sind nun farblich **grün** hervorgehoben, Streichungen entsprechend markiert (—). Die **blau** gekennzeichneten Eintragungen der Austauschseiten sind Bestandteil der 1. Änderung gemäß § 73 (8) VwVfG vom 05. Dezember 2017.

## 2. AUSGANGSLAGE UND INHALT DER ÄNDERUNGEN IM LAUFENDEN PLANFESTSTELLUNGSVERFAHREN

### Antragsgegenstand

Die Firma Frank und Ralf Huneke GbR plant einen Quarzsandabbau südlich der Mentewehrstraße. Das Planfeststellungsverfahren des Rahmenbetriebsplans wird gegenwärtig beim Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) durchgeführt. Die Unterlagen wurden am 16.11.2016 bei der zuständigen Genehmigungsbehörde eingereicht. Der Erörterungstermin hierzu fand am 05.09.2017 statt.



**Abb. 1: Lage der Betriebsstätte, des geplanten Quarzsandabbaus und der Spülrohrleitung sowie des Einspülgewässers Veenhusen VI (unmaßstäbliche Verkleinerung der TK 25).**

Das geplante Vorhaben sieht vor, den gewonnenen Quarzsand über Spülrohrleitungen von der Gewinnungsstätte südlich der Mentewehrstraße zur Aufbereitung auf die vorhandene Betriebsstätte an der Uthuser Straße zu verbringen und dort aufzubereiten (vgl. Abb. 1). Die Betriebsstätte (bzw. Aufbereitungsstätte) liegt folglich innerhalb des Geltungsbereiches des Rahmenbetriebsplanes (sowie der einzelnen Hauptbetriebspläne).

Der Vorhabenträger hat im März 2018 einen Antrag auf vorzeitigen Baubeginn gemäß § 57 b BBergG gestellt. Ziel dieses Antrages ist es, vor der Genehmigung des Rahmenbetriebsplanes und des 1. Hauptbetriebsplanes bereits die erforderlichen Aufschlussarbeiten durchführen zu können, um den Forderungen des Bauzeitenplanes vollumfänglich entsprechen zu können. Dabei handelt es sich um nachfolgend aufgeführte Einzelmaßnahmen:

- Verlegung des Uthuser Schlootes,
- Herstellung der Baustraßen (Verlegung von Baggermatten),
- Baufeldfreimachung mit Abtrag des Oberbodens, Klei und Torfs (Auffüllung der Kompensationsfläche 1 mit Klei),
- Herstellen des Startgewässers für den Saugbagger,
- Herstellen des Lärmschutzwalls sowie der Zwischenlagerfläche im nordöstlichen Bereich der Gewinnungsstätte,
- Verlegung der Spülrohrleitungen zwischen Gewinnungsstätte und Aufbereitungsstätte.

Aufgrund dieser vorgezogenen geplanten Maßnahmen des vorzeitigen Baubeginns ist es gemäß Hinweis des LBEG erforderlich, verschiedene Ergänzungen in den Rahmenbetriebsplan aufzunehmen. Entsprechend wurde mit Stand 31.07.2018 der Antrag zur 2. Änderung gemäß § 73 (8) VwVfG zum Rahmenbetriebsplan des Quarzsandtagebaus sdl. der Menteweherstraße der Frank und Ralf Huneke GbR eingereicht.

Diese Änderungen bzw. Ergänzungen zum Rahmenbetriebsplan werden gemäß § 73 (8) Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) beantragt. Der § 73 (8) VwVfG besagt folgendes: „Soll ein ausgelegter Plan geändert werden und werden dadurch der Aufgabenbereich einer Behörde oder einer Vereinigung nach Absatz 4 Satz 5 oder Belange Dritter erstmals oder stärker als bisher berührt, so ist diesen die Änderung mitzuteilen und ihnen Gelegenheit zu Stellungnahmen und Einwendungen innerhalb von zwei Wochen zu geben; Absatz 4 Satz 3 bis 6 gilt entsprechend. Wird sich die Änderung voraussichtlich auf das Gebiet einer anderen Gemeinde auswirken, so ist der geänderte Plan in dieser Gemeinde auszulegen; die Absätze 2 bis 6 gelten entsprechend.“

### **3. ART UND UMFANG DER ÄNDERUNGEN**

#### **3.1 Überblick der Anpassung und Änderungen**

Die Antragsunterlagen zur 2. Änderung gemäß § 73 (8) VwVfG zum Rahmenbetriebsplan des Quarzsandtagebaus sdl. der Menteweherstraße der Frank und Ralf Huneke GbR wurden mit Stand 31.07.2018 beim Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie am 06.08.2018 eingereicht.

Das Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) hat im Zuge der Prüfung der Unterlagen der 2. Änderung festgestellt, dass es hinsichtlich der geplanten Verlegung der Spülleitungen Nacharbeiten bzw. Ergänzungen erforderlich sind. Im Rahmenbetriebsplan wurde ursprünglich beschrieben, dass im Rahmen der Bauarbeiten zur Verlegung der Spülleitungen Grundwasser anfallen kann, welches abgeleitet werden muss. Hierzu wären gemäß Hinweis des LBEG zusätzliche wasserrechtliche Anträge zu stellen. Eine Überprüfung dieser Ausführungen mit einem Abgleich des hydrogeologischen und wasserwirtschaftlichen Fachbeitrages des Büros IDV (vgl. Gutachten X.1) ergibt jedoch eine andere Situation bzw. Sachlage.

Im Rahmenbetriebsplan wurde irrtümlich ein Grundwasserstand im Bereich der geplanten Spülrohrleitungen von 0,4 m unter Flur angesetzt. Folglich wurde prognostiziert, dass im Rahmen der Bauarbeiten (Aushub der Baugruben für die Leitungen) Grundwasser anfallen wird, welches entsprechend abgepumpt werden müsste.

Gemäß dem Grundwassergleichenplans aus dem hydrogeologischen und wasserwirtschaftlichen Fachbeitrag des Büros IDV (vgl. Gutachten X.1) liegt der Grundwasserstand jedoch bei ca. -1,1 mNN. Die örtlichen Geländehöhen liegen hier bei ca. ±0,0 mNN. Da die Spülrohrleitungen in einer Tiefe von mindestens 0,8 m zu verlegen sind, wird der Grundwasserspiegel unter der Rohrsohle liegen, so dass eine Wasserhaltung für die Verlegung der Spülleitung nicht erforderlich ist.

Zudem plant der Vorhabenträger nach Möglichkeit eine zeitnahe Verlegung der Leitungen, um die gegenwärtige sehr trockene Witterung ausnutzen zu können.

**Vor diesem Hintergrund bleibt festzustellen, dass wasserrechtliche Anträge für die Entnahme und Einleitung von Wasser nicht erforderlich sind.**

Somit wird nachfolgend im Rahmen dieser vorliegenden Ergänzung zur 2. Änderung gemäß § 73 (8) VwVfG der Antrag auf Anpassung, Korrektur bzw. Streichung der Textpassagen gemäß Kap. 3.3 und Kap. 3.4 gestellt.

### **3.2 Überblick der zu ändernden Unterlagen**

Die Änderungen und Anpassungen werden entsprechend in allen betroffenen Antragsunterlagen durchgeführt, so dass neben Änderungen in der Unterlage „Rahmenbetriebsplan“ (vgl. Kap. 3.3) der wasserrechtliche Antrag IX.3 („wasserrechtlicher Antrag auf Plangenehmigung gem. §§ 8 bis 13 WHG zur Entnahme von Grund- und Oberflächenwasser aus dem Tagebau und zur Einleitung von Grund- und Oberflächenwasser“, vgl. Kap. 3.4) zu ändern ist.



### 3.3 Änderungen und Ergänzungen der Textfassungen des Rahmenbetriebsplans

Änderungen in der Textfassung des Dokuments IV „Rahmenbetriebsplan“	
<p>Streichungen von Textpassagen sind als <del>Streichung</del> gekennzeichnet</p> <p>Änderungen und Ergänzungen des Antrages auf 2. Änderung sind in <b>grüner Schrift</b> hervorgehoben</p> <p>Änderungen und Ergänzungen des Antrages auf 1. Änderung sind in <b>blauer Schrift</b> hervorgehoben</p>	
6.7 Wasserhaltung	
S. 33	<p>In dem Bereich, in dem die Spülrohrleitung unterirdisch verlegt wird, ist <b>gemäß dem Grundwassergleichenplans des hydrogeologischen und wasserwirtschaftlichen Fachbeitrag des Büros IDV (vgl. Gutachten X.1) der Grundwasserstand bei -1,1 mNN ermittelt. Die örtlichen Geländehöhen liegen hier bei ca. ±0,0 mNN.</b> <del>ein mittlerer Flurabstand von ca. 0,4 m zu erwarten.</del> Da die Spülrohrleitung <b>jedoch</b> in einer Tiefe von mindestens 0,8 m zu verlegen ist, wird <b>der Grundwasserspiegel unter der Rohrsohle liegen, so dass eine Wasserhaltung für die Verlegung der Spülleitung nicht erforderlich ist.</b> <del>sich nach dem Aushub der Baugrube dort Grundwasser ansammeln. Um nach der Verlegung der Spülrohre die Grube mit dem Bodenaushub wieder fachgerecht verfüllen zu können, ist es notwendig, das Grundwasser im Vorfeld von der Baugrube in den angrenzenden Uthuser Schloot zu pumpen.</del></p>

### 3.4 Änderungen und Ergänzungen der Textfassungen zum „wasserrechtlicher Antrag auf Plangenehmigung gem. §§ 8 bis 13 WHG zur Entnahme von Grund- und Oberflächenwasser aus dem Tagebau und zur Einleitung von Grund - und Oberflächenwasser“

Änderungen in der Textfassung des Dokuments IX.3 „wasserrechtlicher Antrag auf Plangenehmigung gem. §§ 8 bis 13 WHG zur Entnahme von Grund- und Oberflächenwasser aus dem Tagebau und zur Einleitung von Grund - und Oberflächenwasser“	
<p>Streichungen von Textpassagen sind als <del>Streichung</del> gekennzeichnet</p> <p>Änderungen und Ergänzungen des Antrages auf 2. Änderung sind in <b>grüner Schrift</b> hervorgehoben</p> <p>Änderungen und Ergänzungen des Antrages auf 1. Änderung sind in <b>blauer Schrift</b> hervorgehoben</p>	
3.1 Betrieblicher Ablauf der Gewinnung und der Wasserentnahme	
S. 4	<p>In dem Bereich, in dem die Spülrohrleitung unterirdisch verlegt wird, ist <b>gemäß dem Grundwassergleichenplans des hydrogeologischen und wasserwirtschaftlichen Fachbeitrag des Büros IDV (vgl. Gutachten X.1) der Grundwasserstand bei -1,1 mNN ermittelt. Die örtlichen Geländehöhen liegen hier bei ca. ±0,0 mNN.</b> <del>ein mittlerer Flurabstand von ca. 0,4 m zu erwarten.</del> Da die Spülrohrleitung <b>jedoch</b> in einer Tiefe von mindestens 0,8 m zu verlegen ist, wird <b>der Grundwasserspiegel unter der Rohrsohle liegen, so dass eine Wasserhaltung für die Verlegung der Spülleitung nicht erforderlich ist.</b> <del>sich nach dem Aushub der Baugrube dort Grundwasser ansammeln. Um nach der Verlegung der Spülrohre die Grube mit dem Bodenaushub wieder fachgerecht verfüllen zu können, ist es notwendig, das Grundwasser im Vorfeld von der Baugrube in den angrenzenden Uthuser Schloot zu pumpen.</del></p>

#### 4. AUSWIRKUNGEN DER ERGÄNZUNG ZUR PLANÄNDERUNG

Die beschriebenen Ergänzungen zur 2. Planänderungen der Antragsunterlagen werden keine Beeinträchtigungen auf die Schutzgüter hervorrufen, welche über die in den am 16.11.2016 eingereichten Unterlagen zum Antrag „*Rahmenbetriebsplan für einen Quarzsandtagebau südlich der Mentewehrstraße in der Gemeinde Moormerland Ortsteil Veenhusen*“ ermittelten Auswirkungen hinausgehen.

§ 22 Abs. 2 UVPg sieht vor, dass eine erneute Beteiligung der Öffentlichkeit nicht erforderlich ist, sofern keine zusätzlich erheblichen oder andersartig erheblichen Umweltauswirkungen von Änderungen im laufenden Verfahren ausgehen. Aus den vorgesehen Änderungen und Ergänzungen resultieren keine andersartige oder stärkere Betroffenheit der Schutzgüter.

Die Änderungen und Anpassungen werden entsprechend in allen betroffenen Antragsunterlagen durchgeführt, so dass neben Änderungen in der Unterlage „Rahmenbetriebsplan“ auch Anpassungen/Änderungen der Unterlagen IX.3 „wasserrechtlicher Antrag auf Plangenehmigung gem. §§ 8 bis 13 WHG zur Entnahme von Grund- und Oberflächenwasser aus dem Tagebau und zur Einleitung von Grund- und Oberflächenwasser“ resultieren. Weiterhin führen die dargestellten Änderungen und Anpassungen zu keinen Auswirkungen auf die Gutachten des Rahmenbetriebsplans.

**Da aus den dargestellten Änderungen bzw. Ergänzung zur Änderung keine zusätzlich erheblichen oder andersartig erheblichen Umweltauswirkungen resultieren, ist gem. § 22 Abs. 2 UVPg eine erneute Öffentlichkeitsbeteiligung nicht erforderlich.**

Sämtliche dargestellte Änderungen fallen unter § 73 (8) VwVfG.

**Antragstellerin:**

Fa. Frank und Ralf Huneke GbR  
Großer Stein 5  
26789 Leer

Leer, den 15.08.2018



gez.

Antragstellerin

**Planungsbüro:**

Diekmann • Mosebach & Partner  
Oldenburger Straße 86  
26180 Rastede

Rastede, den 15.08.2018



gez.

Planverfasser